



Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Brief aus Berlin 08/2012
Mai 2012 (2)

Deutschland vorne bei Forschung und Innovation

Der Bundesbericht Forschung und Innovation 2012 von Bundesforschungsministerin Annette Schavan belegt, dass unser Land zu den weltweit führenden und innovativsten Nationen gehört. Die Ausgaben für Forschung, Wissenschaft und Entwicklung konnten seit 2005 um mehr als 50% gesteigert werden, von 9 Mrd. € (2005) auf mittlerweile 13,7 Mrd. € (2011). Dies entspricht einer Steigerung des Anteils dieser Aufwendungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2,51% auf 2,82%. Deutschland liegt damit deutlich über dem EU-weiten Schnitt von knapp 1,9% und erreicht bereits 2010 beinahe das angestrebte Ziel von 3% des BIP. Auch die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) beurteilt diese Zwischenbilanz positiv und stellt fest, dass die bis 2005 andauernde „Forschungsflaute“ damit eindeutig beendet ist.

Neben der Spitzentechnologie konnte auch die Ausbildungs- und Wissenschaftsförderung des Bundes insgesamt weiter deutlich verstärkt werden. Mit den drei Reforminitiativen des Bundes und der Länder zugunsten des Wissenschaftsstandortes Deutschland, der **Exzellenzinitiative** mit einem Fördervolumen von 1,9 Mrd. €, dem **Hochschulpakt** mit einem Gesamtfördervolumen von mindestens 4,7 Mrd. € bis 2015 und dem **Pakt für Forschung und Innovation** für außeruniversitäre Forschung stärkt die christlich-liberale Koalition die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Deutschland. Mit mehr als 290.000 Absolventen im Jahr 2010 erreichen bereits knapp 30% eines Altersjahrgangs einen Hochschulabschluss.

Mittel für geschädigte DDR-Heimkinder werden bereitgestellt

Auf Antrag der Unionsfraktion werden 2,5 Mio. € bereit gestellt, damit der Hilfsfonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 – 1990“ starten kann. Bund und die ostdeutschen Länder hatten sich im März auf die Einrichtung eines Hilfesystems nach dem Vorbild des Fonds „Heimerziehung West“ verständigt. Insgesamt werden über mehrere Jahre 40 Mio. € bereit gestellt. Das Geld soll zur Entschädigung von Spätfolgen der in geschlossenen Heimen und



Jugendwerkhöfen der DDR eingewiesenen Betroffenen dienen.

Mit Geld allein kann erlittenes Unrecht und seine Spätfolgen nur begrenzt bekämpft werden. Der Entschädigungsfonds hat jedoch eine hohe symbolische Aussagekraft: Die Gesellschaft nimmt von dem damaligen Unrecht Kenntnis und ist bereit, mehr als eine Entschuldigung zu leisten. Der Fonds soll aber auch in Einzelfällen individuelle Unterstützungen erlauben.

Mehr Männer in Kindertagesbetreuung beschäftigt

Der Anteil der männlichen Beschäftigten in der Kindertagesbetreuung hat in den letzten Jahren einen deutlichen Zuwachs erfahren. Im März 2011 waren in Deutschland gut 3,6% der Beschäftigten in der Kindertagesbetreuung männlich. Rund 16.700 Männer übten folglich eine pädagogische Betreuungstätigkeit für Kinder in einer Kindertageseinrichtung aus oder waren als Tagesvater aktiv. Die Anzahl der männlichen Beschäftigten in diesem Bereich hat sich damit seit März 2007 um 50% gesteigert. Männliche Erzieher sind bedeutend für die Chancengleichheit für Jungen.

Neuregelung der Organspende

In Deutschland warten pro Jahr mehr als 12.000 Menschen auf ein Spenderorgan, davon 8.000 auf eine Niere. Die moderne Medizin kann die Lebenserwartung und die Lebensqualität von Patienten mit schweren Erkrankungen von Organen deutlich verbessern. Ohne Organe, die von Spendern zu Verfügung gestellt werden, erreicht sie jedoch ihre Grenzen – statistisch gesehen sterben täglich drei auf ein Spenderorgan Wartende, da das Angebot an transplantationsfähigen Organen zu gering ist.

Mit dem am Freitag verabschiedeten Gesetz zur Regelung der Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz soll Klarheit geschaffen und die Lage der Patienten verbessert werden: Es geht nicht um eine „Organbereitstellungspflicht“. Es wird niemand gezwungen, sich zu entscheiden und einen Spenderausweis auszufüllen. Es wird vielmehr jeder Bürger in die Lage versetzt und aufgefordert, sich zu Lebzeiten mit der Frage seiner Spendenbereitschaft ernsthaft zu befassen. Nicht zuletzt, da Deutschland in der Organspendebereitschaft im EU-Vergleich auf den hinteren Rängen steht.

Zudem werden die versicherungs- und leistungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Lebendorganspende, die bisher schon durch Richterrecht seit den 70er Jahren geprägt worden waren, gesetzlich klargestellt. Die Krankenversicherung des Organempfängers kommt demnach weiterhin für alle möglichen Kosten und Nachteile des Spenders auf. Es wird ein Anspruch auf Entgeltfortzahlung für Arbeitnehmer eingeführt, die ein Organ spenden und für die Zeit der Operation und Behandlung ausfallen. Sollte die Arbeitsunfähigkeit länger als sechs Wochen dauern, hat der Organspender zudem einen Anspruch auf Krankengeld. Arbeitgeber können sich die Aufwendungen für die Entgeltfortzahlung von der Empfängerkrankenkasse auf Antrag erstatten lassen. Sollten Komplikationen als Spätfolge der Organspende auftreten, sichert die gesetzliche Unfallversicherung die Organspender ab.

Taschengeld der Bufdis wird nicht besteuert

Das Bundeskabinett hat die Steuerfreiheit für das Taschengeld im Bundesfreiwilligendienst beschlossen. Der Gesetzentwurf stellt monatlich maximal 336 € steuerfrei.

Herzlichen Glückwunsch an Peter Altmaier zu seiner Ernennung zum Bundesumweltminister!

Ich wünsche ihm ein gutes Händchen und viel Durchsetzungskraft bei der Umsetzung der wichtigen Aufgaben der Energiewende!



Foto: Deutscher Bundestag / H. J. Müller

SPD und Eurobonds

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Carsten Schneider meinte am Mittwoch in der Aktuellen Stunde zu den Eurobonds-Plänen der SPD: „Eigentlich könnte man das ganz schnell abschließen und sagen: Meine Damen und Herren, es gibt keine Euro-Bonds-Pläne der SPD; Punkt.“

Der Internetauftritt der SPD sagt etwas anderes: „Warum ist die SPD für Eurobonds? Nach jedem Beschluss, den die europäischen Regierungschefs fassen, um die Finanzkrise zu beruhigen, flammt sie an anderer Stelle wieder auf. Eurobonds könnten diese Abwärtsspirale beenden. (...) Eurobonds können zu Planungssicherheit in der Eurozone beitragen und bieten damit große Chancen auf Beruhigung der Finanzmärkte und Stabilität. Die SPD ist bereit, sich für eine gute gemeinsame Lösung für Europa einzusetzen.“

Nachzulesen sind die SPD-Pläne unter http://www.spd.de/aktuelles/Kontakt/5840/haeufig_gestellte_fragen.html und <http://www.spd.de/aktuelles/Eurobonds>

Impressum

Antje Tillmann MdB

antje.tillmann@bundestag.de

Redaktion: Johannes Nehlsen, 25. Mai 2012
